



Medienmitteilung

Zürich, 17. Dezember 2020

Beschlüsse der Kommissionen

KEVU: Postulat zu Energieeffizienz bei Haushaltgeräten soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat nach dem Vorliegen eines Ergänzungsberichtes und im Hinblick auf die Bestimmungen in der Vorlage 5614 (Energiegesetz, Änderung, Umsetzung der MuKE 2014) einstimmig, das Postulat «Energieeffizienz auch bei Haushaltgeräten» als erledigt abzuschreiben ([5071](#)). Für Haushaltgeräte, bei denen die Zuständigkeit für die Energieeffizienz beim Kanton liegt (unter anderem bei fest installierten Wärmeanlagen), sollen neue Bestimmungen ins Energiegesetz aufgenommen werden.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KEVU: Ablehnung der EI für klimafreundliche Gebäude aus formalen Gründen

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Einzelinitiative von Professor Niklaus Haller, «REDEM – Initiative für klimafreundliche Gebäude», aus formalen Gründen abzulehnen ([5372](#)). Das Kernanliegen der Initiative nach einem verbindlichen CO₂-Absenkpfad für die Grenzwerte bei Raumheizung und Warmwasser in Gebäuden im Kanton Zürich wurde in die Vorlage 5614 (Energiegesetz, Änderung, Umsetzung der MuKE 2014) aufgenommen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KEVU: PI-Anliegen soll im Rahmen der Energiegesetz-Revision beraten werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarische Initiative betreffend Reduktion des nichterneuerbaren Energieanteils im Gebäudebereich abzulehnen ([KR-Nr. 203/2007](#)). Die Forderungen nach strengeren gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Verwendung von erneuerbaren Energien bei Neubauten wurden in die Vorlage 5614 (Energiegesetz, Änderung, Umsetzung der MuKE 2014) aufgenommen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

STGK: Grundsätzlicher Verzicht auf Gebührenerhebung bei Gesuchen nach IDG

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen die Zustimmung zur geänderten parlamentarischen Initiative ([KR-Nr. 101/2018](#)) der ehemaligen Kantonsrätin Céline Widmer betreffend «Weniger Hürden beim Öffentlichkeitsprinzip» und damit die Änderung von § 29 des Gesetzes über die Information



und den Datenschutz (IDG). In Umkehr des heute geltenden Grundsatzes verlangt die Kommissionsmehrheit (SP, GLP, Grüne, EVP), dass die öffentlichen Organe bei der Bearbeitung von IDG-Gesuchen Privater künftig in der Regel auf Gebührenerhebung verzichten sollen. Der Systemwechsel entspreche dem im IDG verankerten Öffentlichkeitsprinzip, wonach staatliches Handeln für Aussenstehende nachvollziehbar und transparent sein soll und entsprechende Informationen somit ohne Hürden zugänglich sein müssen. Eine Kommissionsminderheit aus SVP und FDP lehnt die Änderung ab. Sie finden, staatliche Leistungen sollen nicht grundsätzlich kostenlos sein. Zudem seien keine Fälle bekannt, wo Gebühren erhoben wurden, um Gesuchstellern Hürden in den Weg zu legen.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), 079 541 53 76

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.